

Konsolidieren um weiter gestalten zu können!

„Mit der Einbringung des Doppelhaushaltes 2011/12 ist die Verwaltung im vergangenen März mit dem ehrgeizigen Ziel angetreten, den Grundstein für einen echten Haushaltsausgleich zu legen.

Nachdem wir bereits im Entwurf eine Kostenreduzierung im Sach- und Personalbereich von 500.000 € einbezogen hatten, konnten wir gemeinsam mit dem NetteBetrieb weitere ca. 700.000 € an Transferleistungen einsparen – also durch Kostenreduzierung innerhalb der Gesamtverwaltung das Defizit um mehr als 1 Mio. € senken. Zudem wurde durch die Erhöhung der Grundsteuern A und B die Einnahmen um 352.000 € gesteigert. Hierdurch gelang es uns ein drohendes Defizit von über 4 Mio. € auf 3,1 Mio. € in 2011 und 1,6 Mio. € in 2012 zu senken. Das waren sicher Schritte in die richtige Richtung auf dem Weg zum Haushaltsausgleich.

Allerdings müssen wir auch selbstkritisch feststellen, dass es uns bis zum Haushaltsbeschluss im Juli nicht gelungen war, weitere notwendige Konsolidierungsschritte zu beschließen; ein Umstand der uns dazu veranlasste, einstimmig einen Haushaltsbegleitbeschluss für 2012 zu verabreden, der zu einer weiteren Senkung des Defizits um mindestens 500.000 € führen sollte.

Die Beratungen zum Haushaltsbegleitbeschluss führen nunmehr zu Konsolidierungsvorschlägen von über 1 Mio. €; eigentlich einem Betrag, der das selbst gesteckte Ziel überschreiten würde. Das könnte Grund genug sein, sich zurückzulehnen und die am wenigsten einschneiden Vorschläge zu beschließen.

Leider hat sich aber in den vergangenen Wochen die finanzielle Lage für unsere Stadt dramatisch verschlechtert. Ich hatte Ihnen bei der Haushaltseinbringung die Risiken benannt, die einem Haushaltsausgleich in näherer Zukunft entgegenstehen könnten:

Fazit: Der Haushaltsausgleich in 2014 erscheint machbar,
wenn konsequente Konsolidierungsmaßnahmen betrieben werden,
wenn keine neuen kostenintensiven Beschlüsse gefasst werden,
wenn alle städtischen Bereiche mitwirken,
wenn der Kreis seine Entlastung bei der Grundsicherung weitergibt,
wenn keine neuen Lasten auf die Kommunen überwältzt werden,
wenn das Land die GfG-Mittel nicht kürzt

wenn es keine erhebliche Verschlechterung der wirtschaftliche Lage gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

leider hat sich mit dem Entwurf zum GFG 2012 der Landesregierung ein wesentliches Risiko, die Kürzung der auf Nettetal bezogenen Mittel, in drastischer Weise verwirklicht. Trotz einer Rekordschlüsselmasse im GFG ist Nettetal aufgrund seiner in der Referenzperiode überdurchschnittlichen Steuerkraft und vor allem aufgrund seiner überdurchschnittlich guten Sozialstruktur von einem schmerzhaften Rückgang der Schlüsselzuweisungen betroffen. Allein durch die gegenüber dem Planansatz um ca. 1,6 Mio. € geringeren Schlüsselzuweisungen des Landes verdoppelt sich das Defizit in unserer Stadtkasse auf über 3 Mio. €.

Zudem drohen die beim Kreis Viersen angedachten Sonderabschreibungen aufgrund der Wertberichtigung der RWE-Aktien eine sonst stärkere Senkung der Kreisumlage zu verhindern. Da die Steuerkraft Nettetals im Vergleich zu den anderen Gemeinden im Kreis Viersen fast doppelt so stark gestiegen ist, wird unsere Stadt eine deutlich höhere Kreisumlage zahlen müssen, basierend auf der bisherigen Kreisumlage wären dies mehr als 1,2 Mio. €; auch nach dem Rohentwurf liegt die Mehrbelastung bei rund einer 0,75 Mio. €.

So paradox das für uns auch klingen mag: Weil Nettetal über eine leicht überdurchschnittliche Finanzkraft und eine im Vergleich zum Land bessere Sozialstruktur verfügt, müssen wir im Vergleich zum beschlossenen Haushalt 2012 eine Ergebnisverschlechterung von mehr ca. 2,5 Millionen Euro verkraften. Allein hierdurch würde das Defizit auf über vier Mio. € steigen; hinzu kommen Einmaleffekte wie der Ausfall der Zahlungen aus der MEG-Ansiedlung und andere kleinere Veränderungen.

Statt die Möglichkeit zu bekommen, dem Haushaltsausgleich näher zu kommen müssen wir also nunmehr gegen ein drohendes Haushaltssicherungskonzept ankämpfen.

Bei diesen erheblichen Veränderungen zum beschlossenen Haushalt besteht unabweisbar die Notwendigkeit für eine Nachtragssatzung 2012, die uns dann die Möglichkeit gibt, innerhalb des Haushaltes gegenzusteuern und die Beratungen zum

Haushaltsbegleitbeschluss in eine förmliche Haushaltssatzung münden zu lassen. Zudem können nunmehr die Zahlungsströme zum Bau der Basisstraße, die im wesentlichen durch den Kreis, die WfG und über Landeszuschüsse finanziert wird, regulär im Haushalt abgebildet werden.

Meine Damen und Herren,

die finanzielle Situation unserer Stadt hat sich im Wesentlichen aufgrund unbeeinflussbarer externer Einflüsse nochmals verschlechtert. Wir sind damit gezwungen, in den kommenden Wochen für unsere Stadt Richtung weisende Entscheidungen zu treffen.

Dabei müssen wir zum einen das nötige Bewusstsein für den Ernst der finanziellen Lage beweisen und zum anderen durchaus mutig und entschlossen das Tor für eine Zukunftsgestaltung unserer Stadt offen halten.

Wenn wir nach der Einbringung im Haupt- und Finanzausschuss in der nächsten Woche über die Leitziele unserer zukünftigen Stadtentwicklung diskutieren und uns mit dem zukünftigen Stadtentwicklungs- und dem aktuellen Wirtschaftsförderungskonzept beschäftigen, wird deutlich, dass wir trotz der finanziellen Zwänge weitreichende Entscheidungen zum Erhalt der Zukunftsfähigkeit unserer Stadt treffen müssen.

Die Erfahrungen nicht nur südeuropäischer Länder sondern auch nordrhein-westfälischer Städte zeigt, dass wir hier den notwendigen Entscheidungen nicht ausweichen können. Eine ungebremste Neuverschuldung und der damit verbundene Abbau unseres Eigenkapitals beraubt uns der Chance, unsere Zukunft selbst zu gestalten.

Andererseits müssen wir dringend aktiv bleiben, wenn wir unsere Stadt in einer Konkurrenz der Städte und Gemeinden zukunftsfähig erhalten wollen. Es ist für Nettetal notwendiger denn je, eigene Akzente zu setzen, Alleinstellungsmerkmale heraus zu arbeiten und einer ansonsten drohenden Abwanderung von Menschen und Betrieben entgegen zu wirken.

Wir wollen ja auch fraktionsübergreifend die einmaligen und so lange erwarteten Chancen durch die Entwicklung des VeNeTe-Gebietes nutzen und wieder eine positive Wanderungsbewegung nach Nettetal auslösen.

Angesichts der dramatischen Verschuldungsspirale der öffentlichen Haushalte wird allerdings sowohl der Finanzmarkt über drohende Zinsaufschläge als auch die Kommunalaufsicht durch stringente Kürzungsforderungen, die keine Rücksicht auf die

Prioritäten einer Gemeinde nehmen können, unserer Stadt nicht die Alternative eröffnen bei hohen Defiziten noch eigene Akzente setzen zu können.

Konsolidieren um gestalten zu können, das muss also das Ziel unserer gemeinsamen Anstrengungen bleiben!

Dabei sollten wir auch nicht den Blick für unsere aktuelle – ich nenne es mal – Tabellensituation und die damit verbundenen Konsolidierungserfolge verlieren. Mit unserer weiterhin eigenständigen Haushaltsführung befinden wir uns immer noch in der ersten Liga der Städte und Gemeinden in NRW. Dies haben wir nicht hohen Einnahmen sondern einer langjährigen Ausgabendisziplin zu verdanken. Allerdings droht uns der Abstieg in die zweite Liga der HSK-Kommunen oder gar – wenn wir nicht mittelfristig eine Ergebnisverbesserung darstellen können - der Abstieg in die dritte Liga der Nothaushaltskommunen. Und es geht noch weiter nach unten. Mehrere Dutzend überschuldete Kommunen mussten den Zwangsabstieg in die unterste Amateurliga hinnehmen.

Meine Damen und Herren,

jenseits der kurzfristigen Konsolidierung geht es damit auch darum, die notwendigen Richtungsentscheidungen für eine dauerhafte Gesundung der Stadtfinanzen zu treffen. Eine schrumpfende Stadt mit weniger Einwohnern und Betrieben wird kaum in der Lage sein, die Einnahmen nachhaltig zu steigern und damit die Finanzen langfristig zu konsolidieren. Investitionen in die Zukunft bleiben damit notwendig und sinnvoll, weshalb wir z.B. den Ansatz für Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung gegen den Trend erhöhen.

Andererseits bin ich auch der festen Überzeugung, dass wir in unserer dramatischen Haushaltslage alle, wirklich alle Konsolidierungsvorschläge ernsthaft prüfen müssen und nur solche Ansätze ablehnen sollten, die auch unter dem Gesichtspunkt des Erhalts der Zukunftsfähigkeit der Stadt grundsätzlich abzulehnen sind. Eine Rosinenpickerei der Sparvorschläge führt uns dagegen nicht weiter – in Gegenteil: Wir schieben damit notwendige Entscheidungen nur auf.

Vor diesem Hintergrund haben wir daher in der FSK auch verabredet, in den Entwurf der Nachtragssatzung alle Vorschläge aufzunehmen, die nicht bereits im Vorfeld einhellig abgelehnt wurden bzw. keine Wirkung für 2012 entfalten. Durch diese Vorgehensweise

können wir statt der ca. 5 Mio. € bei der ersten internen Befassung mit der Nachtragssatzung das Defizit auf 3,7 Mio. € senken.

Dieses Herangehen bringt uns alle in den Zwang, Vorschläge ablehnen zu müssen, was direkt zu einer Erhöhung des Defizites führt, wenn nicht gleichzeitig Alternativen benannt werden.

Meine Damen und Herren,

auch für mich persönlich gibt es unter den nunmehr im Haushalt einbezogenen Sparmaßnahmen Punkte, denen ich skeptisch gegenüberstehe. So können weder die Einführung von Parkraumgebühren, die mit den Risiken für die Attraktivität unserer Innenstädte abzuwägen sind noch die Erhöhung der Gewerbesteuer bei eigentlich beabsichtigter Stärkung des Wirtschaftsstandortes Nettetal von mir zum jetzigen Zeitpunkt uneingeschränkt unterstützt werden.

Maßnahmen wie die Streichung des Erholungsfaktors bei unseren Friedhöfen oder die Bildung eines BgA verbunden mit einer Unterstützung für unsere Sportvereine halte ich dagegen für gut vertretbar.

Sehr froh bin ich darüber, dass wir mit der Übernahme der technischen Betriebsführung im Abwasserbereich durch den NetteBetrieb dauerhaft ca. 200.000 € einsparen und damit einen echten Synergieeffekt durch die Bildung des NetteBetriebes erzielen können und nachweisen, dass wir hier unsere Hausaufgaben gemacht haben.

Ich glaube aber insgesamt, dass wir nur erfolgreich sein werden, wenn wir ein Bündel verschiedener Maßnahmen verabschieden und niemanden einseitig oder isoliert belasten. So würde ich etwa die Konzentration allein auf die Erhöhung der Gewerbesteuer als unfair und einseitig ablehnen.

Ich freue mich in den folgenden Wochen auf eine intensive Beratung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und leite zu unserem Kämmerer über, der uns mit den neuesten Zahlen vertraut machen kann.“